|  |
| --- |
| Anschreiben Bürgermeister\*innen und kommunale Unternehmen |

DGB-Initiative: Schluss mit Gewalt gegen Beschäftigte
im öffentlichen und privatisierten Sektor!

**Schützen Sie mit uns die Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft!**

[Grußformel],

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor ist in Deutschland Alltag. Bereits seit Jahren klagen unsere Kolleg\*innen bei den Rettungskräften, im ÖPNV, auf Ämtern, bei Feuerwehr, Polizei und Reinigungsunternehmen, in Schulen oder Krankenhäusern über zunehmende Bedrohungen, Beleidigungen und körperliche Angriffe bei der Arbeit.

Mehrere, von uns durchgeführte repräsentative Studien machen das Ausmaß des Problems deutlich: So gaben 67 Prozent der befragten Beschäftigten an, im Dienst verbale oder körperliche Gewalt erlebt zu haben. Dass das nicht normal ist, liegt auf der Hand – und wird von einer durch uns initiierten Studie des BMI bestätigt, in der die Befragten von einem sinkenden Sicherheitsgefühl im Dienst berichteten.

Doch unter der Gewalt leiden nicht die betroffenen Beschäftigten jeden Tag ganz persönlich. Die gesundheitlichen Folgen kosten Dienstherren in den Kommunen und damit auch die Steuerzahler\*innen Millionen von Euro und dünnen den bereits unterbesetzten öffentlichen Dienst weiter aus. Denn 29,4 Prozent der Betroffenen werden nach einem Angriff krankgeschrieben, mehr als jede\*r Zehnte berichtet von anhaltenden psychischen Problemen und nicht wenige Beschäftigte sind nach einer Gewalterfahrung nicht mehr arbeitsfähig.

**Die DGB-Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“**

Ein Aufschrei unserer Mitglieder in den betroffenen Branchen war das Startsignal für den DGB, die Problematik ganz gezielt anzugehen. Anfang 2020 starteten wir die Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“, mit der wir betroffenen Beschäftigten bis mindestens 2026 eine Stimme geben, in der Öffentlichkeit für Respekt werben und Maßnahmen zur Gewaltprävention und Nachsorge voranbringen. Unsere Aussage ist ganz einfach: Im öffentlichen und privatisierten Sektor arbeiten Menschen wie Sie und ich, die bei ihrem Einsatz für unsere Gesellschaft Empathie und Rücksicht verdienen.

Grundlage der Initiative sind unsere eigenen sowie durch uns angeregte offizielle Befragungen, mit denen die Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft umfassend wissenschaftlich vermessen ist. Darauf aufbauend führen wir Betroffenen- und Expertengespräche, bieten Schulungen an, veröffentlichen Hilfestellungen für Personal- und Betriebsräte, sind mit unseren Plakatkampagnen in ganz Deutschland sichtbar und bieten gemeinsam mit der Opferhilfeorganisation WEISSER RING eine Hilfe-Hotline für Betroffene an.



Doch dadurch allein nimmt die Gewalt noch nicht ab. Konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind nötig, damit Beschäftigte ihren Dienst wieder in Sicherheit leisten können. Und hier sind Sie gefragt, die Entscheidungsträger\*innen in Städten und Kommunen. Es braucht:

* **Öffentlicher Bewusstseinswandel:** Auch wenn Bürger\*innen von den Leistungen des Staates enttäuscht oder frustriert sind – körperliche oder seelische Gewalt gegen Beschäftigte ist niemals gerechtfertigt. Das muss allen klar werden, z. B. durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, für die wir Ihnen zahlreiche Mitmach-Möglichkeiten bieten.
* **Ausstattung:** Mehr Personal und moderne, auf Basis von Gefährdungsanalysen ausgestattete Arbeitsplätze helfen den Beschäftigten und reduzieren Gefahren.
* **Schulungen und Gesundheitsmanagement**:Reaktionsleitfäden und Schulungen zu präventiven Deeskalationsstrategien unterstützen gefährdete Beschäftigte dabei, im Ernstfall richtig reagieren und gewalttätige Übergriffe abwenden zu können. Für Opfer von Gewalt muss es zudem funktionierende Mechanismen der Nachsorge geben.
* **Sensibilisierte Führungskräfte:** Schauen Führungskräfte weg, schleicht sich eine Normalisierung von Gewalt ein. Führungskräfte müssen dafür sensibilisiert werden, dass auch der Schutz ihrer Beschäftigten zu ihren Aufgaben gehört.
* **Mehr Investitionen:** Jahrelang aufgeschobene Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen endlich umgesetzt werden. Denn sind die Bürger\*innen mit den Leistungen der öffentlichen Hand zufrieden, wirkt sich das auch positiv auf den Umgang mit den dort Beschäftigten aus.
* **Verlässliche Zahlen:** Noch immer werden Gewalterlebnisse für viele Berufsgruppen nicht systematisch erfasst. Für einen genauen Überblick über das Problem und als Grundlage für Gegenmaßnahmen braucht es jedoch eine solide Datenlage.

Diese Verbesserungen zum Schutz der Beschäftigten sind aber nur mit Ihrer Unterstützung möglich. Viele Kommunen in ganz Deutschland haben sich unserer Initiative bereits angeschlossen – ob mit Plakaten in Bussen und Bahnen, Aufklebern in Ämtern, Ausstellungen an öffentlichen Orten oder der Umsetzung von Schutzmaßnahmen. Sind auch Sie dabei? Gerne möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen, über lokale Möglichkeiten beraten und in den nächsten Jahren echte Schritte nach vorne machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit!

[Grußformel]